



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament

Barbara LOCHBIHLER

Mitglied des Europäischen
Parlaments

Vorsitzende des
Unterausschusses für
Menschenrechte

Büro Brüssel

Europaparlament
ASP 08H160
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel
TEL: +32 228 47392
FAX: +32 228 49392

[barbara.lochbihler@
europarl.europa.eu](mailto:barbara.lochbihler@europarl.europa.eu)

Büro Berlin

Unter den Linden 50
D-10117 Berlin
+49 171 7470201
+49 30 22773136

[eu-presse-lochbihler@
gruene-europa.de](mailto:eu-presse-lochbihler@gruene-europa.de)

Büro Kaufbeuren

Ludwigstraße 38
D-87600 Kaufbeuren ++49
172 8634544
+49 89 43597907

[wk-lochbihler@
gruene-europa.de](mailto:wk-lochbihler@gruene-europa.de)

RUNDBRIEF November 2011

Themen in dieser Ausgabe:

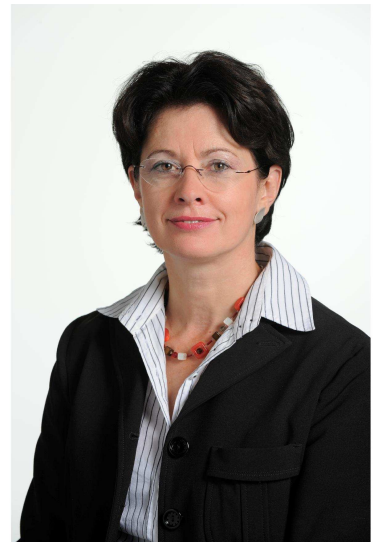
Die aktuelle Situation der Roma in der EU
Benefiz-Veranstaltung zu Gunsten abgeschobener Roma in Kaufbeuren
Neues Buch über Roma auf dem EGP-Kongress in Paris vorgestellt
Straflosigkeit und frauenfeindliche Traditionen bekämpfen!
Habiba Sarabi im Europäischen Parlament
EP-Bericht zum Internationalen Strafgerichtshof
Treffen mit dem US-Botschafter
EP verabschiedet Resolution gegen Streubomben
Treffen mit dem russischen Politiker Garry Kasparov
Wie grün ist die neue Agrarpolitik?
Menschenrechte im Iran
Termine

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

auch in diesem Monat möchte ich Euch meinen Newsletter zukommen lassen. Ich wünsche eine angeregte Lektüre!

Mit lieben Grüßen,

Barbara Lochbihler



Die aktuelle Situation der Roma in der EU

Während der letzten Sitzungswoche in Straßburg wurde im Plenum die derzeitige Situation der Roma in den Mitgliedsstaaten diskutiert. Viele der circa 10 Millionen in den EU-Mitgliedsstaaten lebenden Roma sind weiterhin gravierenden Diskriminierungen ausgesetzt. Zwar sprechen sich auch der Rat, die Kommission und die Mitgliedstaaten öffentlich für die Verbesserung der Umstände aus, doch bleibt es häufig bei Absichtserklärungen oder Detailkorrekturen. Deshalb nutzten wir die Straßburg-Sitzung, um der Kommissarin Androulla Vassiliou und der Vertreterin des Präsidiums des Rates Elzbieta Radziszewska gezielte Fragen zu stellen.

Unter anderem forderten wir Abgeordneten die Kommission auf, entschlossener gegen Menschenrechtsverletzungen gegen Roma vorzugehen. Anlass gibt es genug. So wurden die Massenausweisungen aus Frankreich im letzten Jahr von der Kommission zwar kritisiert, rechtlich aber in letzter Instanz unberührt und ungeahndet gelassen, obwohl sie eine klare Verletzung der EU-Verträge darstellen. Ebenso ist die Polizei in verschiedenen Mitgliedstaaten häufig auf beiden Augen blind, wenn Gewalt gegen Roma angewendet wurde. Tatsächlich werden Verbrechen oft nur unzureichend untersucht oder die Ermittlungen gar nicht erst aufgenommen.

Auch sprachen wir die Probleme im Bildungssektor an. In vielen Mitgliedstaaten (darunter Tschechien, Slowakei und Ungarn) werden Roma-Kinder gezielt von Bildungseinrichtungen ausgeschlossen. Sie werden auch in Sonderschulen unterrichtet, mit angepasstem Lehrplan und keiner Chance zur sozialen Integration. Nicht, weil sie unfähig wären, dem normalen Unterricht zu folgen, sondern weil sie Roma sind. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat diese Praxis als eindeutige Verletzung der Menschenrechte verurteilt, geändert hat es wenig. Das Parlament appellierte denn auch an den Rat und die Kommission, auf eine Umsetzung des Urteils in den entsprechenden Staaten hinzuwirken. Um Roma-Kinder vor Ausbeutung und sozialer Marginalisierung zu schützen, ist eine gute Ausbildung unerlässlich. Derzeit schließen jedoch nur 40% aller Roma-Kinder in der EU die Grundschule ab, nur 10% erlangen einen Sekundärschulabschluss.

Benefiz-Veranstaltung zu Gunsten abgeschobener Roma in Kaufbeuren

Im Parlament der große Rahmen, in Kaufbeuren ein Einzelfall: Mit einer Matinee unter dem Titel "Aus der Traum" machten wir am 30. Oktober auf die Situation der in den Kosovo abgeschobenen Roma Nurije und Ersan Sarki aufmerksam. Gemeinsam mit dem Asylkreis Kaufbeuren organisierte ich in meinem Wahlkreis-Büro in Kaufbeuren eine Benefizveranstaltung, um Geld zur Unterstützung der Mutter und ihres Sohnes zu sammeln. Etwa vierzig Besucherinnen und Besucher folgten der Einladung und informierten sich über die aktuelle Lage der zuvor gut integrierten Familie Sarki.

Eindrücklich schilderte der Fotograf und Vorsitzende des grünen Kreisverbands Ostallgäu Olaf Köster seinen Besuch bei den Sarkis. Seit die beiden Roma am 1. April dieses Jahres aus Kaufbeuren abgeschoben wurden, gehe der 13-jährige Ersan nicht mehr zur Schule. Wiltrud



Fleischmann vom Asylkreis erklärte außerdem, die Mutter habe bereits unter schweren Depressionen gelitten, bevor sie in den Kosovo zurückkehren musste – durch die in einer Nacht- und Nebelaktion erzwungene Ausweisung und die Situation im Kosovo habe sich Nurijes Gesundheit noch weiter verschlechtert.

Es ist ermutigend, dass offensichtlich so viele

Menschen wissen wollen, was aus den beiden geworden ist. Besonders erfreut war ich darüber, dass in der Innenstadt Kaufbeurens in jedem zweiten Laden ein Werbeplakat für die Matinee zu sehen war, das die Passanten an das Geschehene erinnerte.

Neues Buch über Roma auf dem EGP-Kongress in Paris vorgestellt

Anfang November fand in Paris der jährliche Kongress der Europäischen Grünen Partei, kurz EGP, statt. Unter anderem wurde das Buch "Roma and Travellers Inclusion in Europe. Green Questions and Answers" vorgestellt, für das ich einen Beitrag über die EU-Romapolitik verfassen durfte. Es stellt die Situation von Roma und Reisenden in Europa in unterschiedlichen Bereichen des Lebens zusammen und nennt die grünen Ziele in diesem Bereich.

Bei Interesse kann das Buch unter folgendem Link heruntergeladen werden:

<http://www.gef.eu/publication/news/roma-and-traveller-inclusion-in-europe-green-questions-and-answers>. Gedruckte Versionen sind über die EGP erhältlich.

Straflosigkeit und frauenfeindliche Traditionen bekämpfen!

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt gegen Frauen am 25. November habe ich darauf hingewiesen, dass noch immer unzählige Frauen weltweit brutaler Gewalt ausgesetzt sind. Ich denke beispielsweise an die Vergewaltigungen in der DR Kongo, die Frauenmorde in Mexiko oder

die Genitalverstümmelungen in einigen afrikanischen Staaten. Wir werden einen langen Atem brauchen, um diesen Angriffen ein Ende zu bereiten. Besonders wichtig ist es, die Straflosigkeit der Täter nicht hinzunehmen und für die Überwindung frauenfeindlicher Traditionen zu kämpfen.

Zu oft werden Vergewaltigungen und andere sexuelle Angriffe nicht als das gesehen, was sie sind: als eine Form der Folter. Genitalverstümmelungen und Vergewaltigungen gehen häufig nicht direkt von staatlichen Akteuren aus. Deshalb finden sie nicht dieselbe Beachtung, obwohl diese Art der Gewalt in internationalen Menschenrechtsstandards als grausame, inhumane und erniedrigende Behandlung definiert wird.

Soldaten, die in kriegerischen Situationen Mädchen und Frauen sexuell angreifen, handeln nicht als Privatpersonen und müssen entsprechend verfolgt werden. Wenn staatliche Institutionen diese Verantwortung nicht übernehmen, machen sie sich der Folter schuldig. Hier müssen dringen neue Schritte gegangen werden. Derzeit überprüft die EU ihre Richtlinien zur Bekämpfung der Folter. Dort müssen genderspezifische Formen der Gewalt explizit als Folter aufgenommen werden, unabhängig davon, ob staatliche oder nicht-staatliche Akteure für die Taten verantwortlich sind.

Habiba Sarabi im Europäischen Parlament

Am 21. November war Habiba Sarabi zu Gast im Europäischen Parlament. Die Reformerin des post-Taliban-Regimes ist seit 2005 die erste und einzige Gouverneurin Afghanistans. Als Vorsitzende der Provinz Bamiyan im Zentrum des Landes kümmert sie sich insbesondere um Frauenrechte und Umweltangelegenheiten. Obwohl sie während der Taliban-Herrschaft aus Afghanistan fliehen musste, kam die Aktivistin immer wieder zurück in ihr Heimatland, um sich der politischen Probleme anzunehmen. Dass sie es schließlich vollbracht hat, als erste Frau in solch eine bedeutende Position gewählt zu werden, ist sehr begrüßenswert und sollte noch mehr Frauen dazu ermutigen, sich Gehör zu verschaffen. Dies sei eines ihrer wichtigsten Ziele, betonte Sarabi.

Die Politikerin berichtete von ihren letzten Erfolgen. Obwohl die Region eine der ärmsten und rückständigsten des Landes ist, lassen sich bereits Fortschritte erkennen. Besonders im Bereich der Bildung geht es voran. In ganz Afghanistan, aber besonders in der Region Bamiyan, steigt der Mädchenanteil an Schulen kontinuierlich. Dies soll Familien im ganzen Land darin bestärken, die Ausbildung ihrer Töchter ernst zu nehmen und sie so lange wie möglich in der Schule zu belassen. Nur gebildete Frauen hätten reelle Chance, ernst genommen zu werden und einen Einfluss auf Politik und Gesellschaft auszuüben. Ein Problem sind jedoch die Lokalitäten der Bildungsstätten. Oftmals gibt es immer noch keine angemessenen Gebäude, Klassenzimmer und Büchereien. Die Regierung der Gouverneurin bemüht sich jedoch, dies so schnell wie möglich zu verbessern und adäquate Einrichtungen zu schaffen.

Neben der Förderung des Bildungssystems konnte die Politikerin unter anderem auch bedeutende Erfolge im Gesundheitswesen, dem Umweltschutz und den Menschenrechten verbuchen. Trotz dieser bemerkenswerten Leistungen hat die Gouverneurin jedoch auch mit Hindernissen zu kämpfen. Während ihres Besuches im Europäischen Parlament betonte sie insbesondere die Probleme des Rechtswesens in ihrem Land: "Hier muss noch eine Menge getan werden, besonders im Bereich der Menschen- und Frauenrechte." Viele Urteile, insbesondere gegenüber Frauen, entsprechen nicht den internationalen Standards, und obwohl es einige Zufluchtsorte gäbe, wären die Möglichkeiten leider noch sehr begrenzt.

EP-Bericht zum Internationalen Strafgerichtshof

Mit großer Mehrheit hat das Europäische Parlament einem Bericht zum Internationalen

Strafgerichtshof zugestimmt, in dem eine verstärkte Unterstützung des ICC durch die EU und ihre Mitgliedstaaten gefordert wird. Gleichzeitig wird auf die Notwendigkeit der Ratifizierung des in Kampala definierten Tatbestands des Angriffskrieges verwiesen. Ich habe sehr gern und aktiv als Berichterstatterin für die GRÜNEN am Zustandekommen des Berichts mitgewirkt.

Die Pressemitteilung hierzu ist unerfolgendem Link zugänglich:

<http://barbara-lochbihler.de/1/presse/mitteilungen-2011/europaeisches-parlament-unterstuetzt-kampf-gegen-die-straflosigkeit.html>

Treffen mit dem US-Botschafter

Gemeinsam mit einigen anderen Abgeordneten habe ich mit dem US-Botschafter in Brüssel über das amerikanische Engagement im Arabischen Frühling diskutiert. Ich nutzte die Gelegenheit, sein Land dafür zu loben, eine große Anzahl von Flüchtlingen aus den Ländern des Arabischen Frühlings aufgenommen zu haben – vor allem solche, die nach Beginn der Kampfhandlungen in Libyen in Tunesien und anderen Nachbarstaaten gestrandet waren. Die EU sollte sich hier ein Beispiel nehmen, denn während der Botschafter versicherte, es seien weitere Aufnahmen möglich, weigern sich die EU-Mitgliedsstaaten noch immer gegen einen solchen Schritt. Gerade einmal 150 Flüchtlinge hat Deutschland bisher aufgenommen. Die Zahl spricht für sich.

Außerdem versicherte mir der Botschafter, dass sich die US-Außenministerin Hillary Clinton weiterhin dafür einsetzen werde, dass Menschenrechtsverletzungen gegen Universitätsangestellte und medizinisches Personal in Bahrain restlos und in fairen Verfahren aufgeklärt werden.

EP verabschiedet Resolution gegen Streubomben

Mitte November verabschiedeten wir, auf Initiative der GRÜNEN hin, eine Resolution gegen den Gebrauch von Streubomben. In der momentan tagenden Vierten Überprüfungskonferenz in Genf wird ein von Russland, China und den USA eingebrachtes Protokoll verhandelt, welches einen Großteil der Streubomben und deren Nutzung legalisieren würde. Dieses Protokoll widerspricht aber eindeutig den Vereinbarungen und Verpflichtungen, die aus der bereits bestehenden Konvention zu Streubomben hervorgehen. Die 22 EU-Mitgliedsstaaten, die diese Konvention unterzeichnet und ratifiziert haben, forderten wir deshalb auf, sich entschieden gegen das nun verhandelte Protokoll auszusprechen. Außerdem appellierten wir an Catherine Ashton, einen EU-Beitritt zur ursprünglichen Konvention gegen Streubomben anzustreben.

Die Resolution ist unter folgendem Link abrufbar:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2F%2FEP%2F%2FTEXT+TA+P7-TA-2011-0512+0+DOC+XML+V0%2F%2FEN&language=EN>

Treffen mit dem russischen Politiker Garry Kasparov

Bei meinem Treffen mit Garry Kasparov berichtete der russische Politiker von aktuellen Menschenrechtsverstößen in der Russischen Föderation. Unter anderem machte er auf die Zwangsumsiedlungen in Sotschi aufmerksam, wo 2014 die Olympischen Winterspiele 2014 stattfinden werden. Bewohner werden vertrieben, damit Neubauten entstehen können, ohne dass sie dagegen vorgehen könnten oder eine angemessene Entschädigung erhielten. Des Weiteren sehen sich, so berichtete Kasparov, russische Umweltaktivisten – in Sotschi ebenso wie in anderen Regionen – massiven Repressionen der Regierung ausgesetzt.

Schließlich sprachen wir über den Fall des in Untersuchungshaft verstorbenen Anwalts Sergei Magnitski und über das Schicksal des jungen Matevey Krylov, dem allein aufgrund seiner politischen Aktivitäten zwei Jahre Haft drohen. Sollte das Europäische Parlament im Dezember wie geplant eine Resolution zu Russland verhandeln, werde ich mich persönlich dafür einsetzen, dass dem Thema Menschenrechte eine zentrale Bedeutung zugemessen wird.

Wie grün ist die neue Agrarpolitik?

Dieser Frage gingen wir am 8. November auf einer Veranstaltung im Bayerischen Landtag nach. Gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten Adi Sprinkart und Anne Franke diskutierte ich mit dem stellvertretenden Generaldirektor der Europäischen Kommission Dr. Rudolf Mögele über die EU-Vorschläge zur künftigen Gemeinsamen EU-Agrarpolitik, kurz GAP. Im Vordergrund standen die neuen, in den Augen von uns GRÜNEN noch zu unverbindlichen Umweltauflagen, die Verbindung zwischen europäischer Agrarpolitik und den Entwicklungen im globalen Süden sowie die geplanten Maßnahmen zum Abbau bürokratischer Hürden.



Einig waren sich die Beteiligten darin, dass die Deckelung der Agrarförderung allein eine Intensivierung und die Industrialisierung der Landwirtschaft nicht aufhalten kann, zumal diese Deckelung nach Ansicht der GRÜNEN im derzeitigen Vorschlag der Kommission deutlich zu hoch ansetzt.

Menschenrechte im Iran

Das Europäische Parlament hat erneut in einer sogenannten Eilresolution die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen im Iran verurteilt. Gerade in einer Zeit, in der sich die Debatte um den Iran wieder auf die Atom-Auseinandersetzung konzentriert, darf die schwierige Menschenrechtssituation nicht in Vergessenheit geraten. Noch immer werden Oppositionelle, die für demokratische und pluralistische Verhältnisse eintreten, brutal verfolgt. Frauen sowie Schwule, Lesben, Bi- und Transsexuelle leiden derzeit unter besonderer Diskriminierung. Auch die Verfolgung von Umweltaktivistinnen und -aktivisten sowie religiösen Gruppen hält an. Und nach wie vor zählt das Land zu jenen, in denen am meisten Menschen hingerichtet werden, darunter auch Minderjährige.

Die iranische Regierung muss auch mit Blick auf die Menschenrechte Bereitschaft zeigen, mit den

internationalen Institutionen zusammenzuarbeiten. Unter anderem sollte der Iran den UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte Ahmed Shaheed endlich einreisen lassen.

Zugleich muss der indirekten Unterstützung der Regierung durch westliche Unternehmen ein Ende gesetzt werden. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass europäische Firmen dem Land weiterhin Technologien liefern, die gegen Demonstrantinnen und Demonstranten eingesetzt werden und das Internet komplett zensieren können. Sei es mit Bezug auf Iran oder andere Drittländer: Die EU muss die Menschenrechte in ihrer Handelspolitik endlich vor wirtschaftliche Interessen stellen.

Die Eilresolution zum Iran kann unter folgender Adresse heruntergeladen werden:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0517+0+DOC+XML+V0//EN&language=EN>

Termine

Grüner Heimatkongress – Mein Bayern, unser Bayern – Kongress mit Podiumsdiskussion: "Kulturfluss: die Donau als europäischer Kulturraum", moderiert von MEP Lochbihler, 3. Dezember, Salzstadel, Regensburg, 11 Uhr.

<http://www.gruene-fraktion-bayern.de/termine/heimatkongress>

Adventsfeier – Empfang im Regionalbüro, mit MEP Lochbihler, 4. Dezember 15:00 – 17:00 Uhr, Kaufbeuren, Regionalbüro, Ludwigstraße 38.